

Protokollauszug

aus der

14. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

vom 17.12.2020

öffentlich

Top 5 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

UAJHP:

Herr Ströber berichtet, dass der UA am 15.12.2020 getagt hat.

Die Januarsitzung des UA JHP am 12.01.2021 soll als Videokonferenz erfolgen.

In der letzten Sitzung des JHA gab es Geschäftsordnungsanträge auf Ende der Debatte. Zur Notwendigkeit dieser Anträge gab es unterschiedliche Sichtweisen. Der UA regt an, bei Diskussionen eine Fokussierung auf den gesetzlichen Auftrag des JHA der LHP im Blick zu haben.

Ein weiterer Appell richtet sich an die AGs nach 78, die Tagungen auch trotz der Eindämmungsverordnung durchzuführen (d.h. als digitales Format), um weiter im Austausch zu bleiben.

Die angedachte Verlegung der nichtbesetzten Stelle des Sprözl zum Kinderprojekt „Arche“ wurde auch im UA thematisiert. Konsens sei, dass der Bedarf im entsprechenden Sozialraum sehr hoch sei (Vgl. Handlungskonzept zur Förderung der Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche in Potsdam 2020). Es wird darauf verwiesen, dass ein zu erfüllendes Leistungskonzept abgeschlossen wird, sobald ein Angebot öffentlich gefördert wird. Weiterhin erfolgt der Appell an die Verwaltung zur kontinuierlichen Kontrolle der Arbeit des Standortes sowie Evaluation zum Ende der einjährigen Finanzierung. Zu möglichen Bedarfen in anderen Sozialräumen der Stadt ist die Evaluation des Jugendförderplans abzuwarten. Ein Besichtigungstermin interessierter Mitglieder des UA JHP für 2021 sei anzusetzen.

Zum Stand der Organisationsuntersuchung des FB 23 wird auf die Präsentation durch Herr Repkow von der Firma Kienbaum im JHA am 26.11.2020 zurückgeblickt. Der JHA ging (nach Ankündigung durch FBL vor ca. 2 Jahren) von der Untersuchung des Jugendamtes aus, die auch u.a. Aufgaben, Erledigungen und Personalressourcen berücksichtigt inklusive der Gremienarbeit mit den Freien Trägern. Nun hat die Untersuchung vor allem die Fusion des Fachbereichs 23 im Blick. Unklar bleibe das inhaltliche Ziel der anstehenden Interviews mit den Trägern: Für eine Einbindung der Freien Träger braucht es sowohl eine Klärung der Zielrichtung als auch genügend (auch zeitliche) Ressourcen. Daneben wird empfohlen, dass die Träger in jedem Fall nach Abschluss der Untersuchung eingebunden werden könnten, um zu unterstützen, wenn möglich. Um zukunftsorientiert gemeinsam agieren zu können und um Überlastungen zu verringern.

Zum Umgang mit den Berichten der AGs zu den Pandemieerfahrungen habe man neben den bisherigen zusätzlich die Zuarbeit der RegAG 1 erhalten. Der Punkt werde erneut in der Januarsitzung des UA behandelt.

Ein weiteres Thema im Januar sei die Themenplanung des UA JHP für 2021. Unter anderem solle die Evaluation des Gesamtkonzepts Schule-Jugendhilfe auf die Jahresplanung. Eine Beratung dazu erfolge bereits vorab in der nächsten Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe.

AG Kita

Frau Frenkler verliest die Erklärung zum Rücktritt des Sprecherinnenrates der AG 78 (**Anhang 2**).

Frau Aubel ergänzt, dass bereits eine Videokonferenz mit dem entsprechenden Sprecherinnenrat und ihr stattgefunden habe. Man habe eine Vereinbarung getroffen, wie die perspektivische Zusammenarbeit ausgestaltet werden solle und zusätzlich eine Sitzung im Januar 2021 mit einem externen Moderator anberaume.

AG HzE:

Herr Küken berichtet, dass Anfang Dezember eine Videokonferenz stattgefunden habe. Es wurden die besonderen Bedarfe der stationären Einrichtungen (u.a. mehr Personal etc.) aufgrund der aktuellen Eindämmungsverordnung besprochen.

Frau Reisenweber führt aus, dass ein entsprechendes Schreiben durch die Verwaltung dazu aufgesetzt wurde, welches in den nächsten Tagen verschickt wird, und versichert mit den Trägern in engem Kontakt zu stehen, um gemeinsam Lösungen zu finden.

AG JuFö:

Frau Tietz berichtet, dass die AG das nächste Mal im Januar tagen werde.

Sie berichtet für den AKKJ von Irritationen bei den Fachkräften der Kinder- und Jugendclubs bezüglich des Schreibens des Jugendamtes mit der Bitte um Beratungsbereitschaften zwischen den Feiertagen. Die Clubs hätten traditionell in diesem Zeitraum geschlossen. Frau Reisenweber sichert zu, zu diesem Thema gerne zum weiteren Austausch zur Verfügung zu stehen.

Frau Parthum fragt, ob eine Teststrategie auch für die Mitarbeiter in der offenen Kinder- und Jugendhilfearbeit geplant sei. Frau Aubel antwortet, dass sie das Thema im morgigen Krisenstab anbringen werde, sie aber aufgrund der aktuellen Kapazitäten der Tests nicht sehr zuversichtlich sei.

In der anschließenden Diskussion ergänzt Frau Frenkler, dass auch auf Landesebene über Verbände intensive Gespräche dazu stattfinden und ein Appell ausstehe. Frau Schultheiss fordert ebenfalls die Stadtverwaltung und Politik auf, mehr Verantwortung für die Kinder- und Jugendarbeit zu übernehmen. Es habe viel Engagement in den letzten Monaten in diesem Bereich gegeben. Dies spiegle sich jedoch nicht in den Eindämmungsverordnungen wider. Frau Aubel und Frau Reisenweber bekräftigen, dass dies auch die Haltung der Verwaltung sei und so gegenüber dem MBS kommuniziert werde.

Frau Tietz verweist abschließend darauf, dass die Bedingungen in den Kinder- und Jugendclubs auch vor Beginn der Pandemie schon nicht sehr gut waren (z.B. bezüglich der Ausstattung der Clubs etc.), sich die Situation jedoch noch verschlechtert habe.

RegAG1:

Herr Rühling berichtet, dass die letzte Beratung im informellen Format online am 07.12.2020 stattgefunden habe. Er gibt Rückmeldungen der RegAG 1 zur aktuellen Situation von Kindern und Jugendlichen in den Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe. Zusammenfassend wird konstatiert, dass seitens der Kinder und Jugendlichen eine Erschöpfung sichtbar wird. Die Flucht erfolgt vielfach in den digitalen Raum (Onlinespiele). Das Dilemma, dass Jugendliche für ein gesundes Aufwachsen Treffpunkte und Begegnungsmöglichkeiten benötigen, die derzeit nicht oder stark reglementiert zur Verfügung stehen, wird sehr deutlich. Im Hortbereich gibt es großen Klärungsbedarf, da die Verordnungen im Bereich Kita häufig die vorschulischen Einrichtungen im Blick haben und nicht deckungsgleich mit Regelungen zum Bereich Schule sind. Außerdem ist die Zusammenarbeit mit den Schulen weiterhin nicht gut organisiert/ wenig Verständnis in Schulen zu Horten. In einigen Schulen ist ein gestiegenes Gewaltpotential zu beobachten. In den ambulanten HzE bringen steigende Fallzahlen die Träger an die Kapazitätsgrenze. Stundenkontingente der Erziehungsberatungsstellen sind aufgebraucht. In den stationären Hilfen stellen vor allem Infektionen von Mitarbeitenden die Träger vor Herausforderungen. **(Anhang 3)**

RegAG2:

Es erfolgt eine Stellungnahme zu TOP 8.1 Geänderte Verwendung einer Stelle im Rahmen des Jugendförderplanes für 2021 (siehe TOP 8.1).

RegAG3:

Herr Papadopoulos berichtet, dass die letzte Sitzung im Oktober stattfand. Aufgrund des Wohnortwechsels habe Frau Fischer den Vorsitz der AG an Herrn Papadopoulos übergeben.

Er erläutert weiterhin, dass die Region der RegAG 3 größer werde und somit auch die Bedarfe. Er kritisiert, dass Maßnahmen gestrichen wurden, die über Jahrzehnte funktioniert haben. Die Arbeit im Sozialraum bzw. regionalraumorientiertes Arbeiten solle wieder mehr Thema sein.

Herr Kulke richtet anschließend die Frage an alle RegAGs, in welchem Umfang diese die Dolmetscherleistungen des Jugendamtes nutzen. Frau Reisenweber wird dazu im nächsten JHA berichten.

PAUSE 18:10 – 18:20 Uhr